

Amtsblatt
der Bayerischen Staatsministerien
für Unterricht und Kultus
und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Teil I

Nummer 18	Ausgegeben in München am 30. September 2005	Jahrgang 2005
------------------	--	----------------------

Inhalt

	Seite		Seite
I. Rechtsvorschriften		II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst	
Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen	346	Lehrpläne für die islamische Unterweisung in türkischer und deutscher Sprache	361
Gesetz zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes	347	Änderung der Bekanntmachung zum Vollzug der Vorschriften des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes über die Lernmittelfreiheit und der Verordnung über die Zulassung von Lernmitteln	361
Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen	348	Änderung der Bekanntmachung über die Beschäftigung von Lektoren (Lektorenordnung – LektO)	365
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulwegs	355	Zulassung von Lernmitteln	365
Gesetz zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen	356	III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen	—
Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes	358		

I. Rechtsvorschriften

2230-1-1-UK

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Vom 8. März 2005 (GVBl S. 71)

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Art. 37 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2004 (GVBl S. 282), wird wie folgt geändert:

1. Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) ¹Mit Beginn des Schuljahres werden alle Kinder schulpflichtig, die bis zum 31. Dezember sechs Jahre alt werden oder bereits einmal von der Aufnahme in die Grundschule zurückgestellt wurden oder unter den Voraussetzungen des Abs. 2 Satz 6 die Einschulung nicht wahrgenommen haben. ²Ferner wird auf Antrag der Erziehungsberechtigten ein Kind schulpflichtig, wenn auf Grund der körperlichen, sozialen und geistigen Entwicklung zu erwarten ist, dass das Kind mit Erfolg am Unterricht teilnehmen wird; ein schulpsychologisches Gutachten ist erforderlich.“

2. Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Worte „30. Juni“ durch die Worte „31. Dezember“ ersetzt.

b) Es wird folgender Satz 6 angefügt:

„⁶Im Fall des Abs. 1 Satz 1 haben die Erziehungsberechtigten bei einem Kind, das nach dem 30. September sechs Jahre alt wird, die Möglichkeit, auf Antrag erst den nächsten Einschulungstermin wahrzunehmen.“

3. Es wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) ¹Abweichend von Abs. 1 und 2 gelten statt des Stichtags 31. Dezember für die Einschulung

zum Schuljahr 2005/06	der 31. Juli,
zum Schuljahr 2006/07	der 31. August,
zum Schuljahr 2007/08	der 30. September,
zum Schuljahr 2008/09	der 31. Oktober,
zum Schuljahr 2009/10	der 30. November.

²Für Kinder, die bis zum 31. Dezember sechs Jahre alt werden, ist ein schulpsychologisches Gutachten abweichend von Abs. 1 Satz 2 nicht erforderlich.“

§ 2

(1) Dieses Gesetz tritt am 15. März 2005 in Kraft.

(2) § 1 Nr. 3 (Art. 37 Abs. 4) tritt am 1. August 2010 außer Kraft.

München, den 8. März 2005

Der Bayerische Ministerpräsident

In Vertretung

Dr. Günther Beckstein

Stellvertreter des Ministerpräsidenten
und
Staatsminister des Innern

2230-7-1-UK

**Gesetz
zur Änderung des
Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes
Vom 24. Mai 2005 (GVBl S. 158)**

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

In Art. 23 Abs. 1 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch § 8 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl S. 84), werden nach dem Wort „erhoben“ ein Strichpunkt und folgender Halbsatz angefügt: „an kommunalen Fachschulen kann Schulgeld erhoben werden.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2005 in Kraft.

München, den 24. Mai 2005

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

KWMBI I 2005 S. 347

2230-7-1-UK

**Gesetz
zur Änderung des
Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes
Vom 24. Juni 2005 (GVBl S. 196)**

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Art. 10 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 3 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2005 (GVBl S. 158) erhält folgende Fassung:

„ein Gastschulbeitrag entfällt für Volksschüler, denen nach Art. 43 Abs. 1 BayEUG der Besuch einer anderen Volksschule gestattet ist oder die Mittlere-Reife-Klassen der Jahrgangsstufen 7, 8 oder 9 besuchen“

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2005 in Kraft.

München, den 24. Juni 2005

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

KWMBI I 2005 S. 347

2230-1-1-UK

**Gesetz
zur Änderung des
Bayerischen Gesetzes über das
Erziehungs- und Unterrichtswesen
Vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 264)**

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Änderung des Bayerischen Gesetzes
über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. März 2005 (GVBl S. 71), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift des Abschnitts IV Buchst. d und des Abschnitts VII des Zweiten Teils werden vor dem Wort „Schüler“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
 - b) In Art. 77 werden vor dem Wort „Arbeitgeber“ die Worte „Arbeitgeberinnen und“ eingefügt.
 - c) In Art. 88a werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
 - d) In Art. 96 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
 - e) In der Überschrift des Vierten Teils werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
2. In Art. 1 Abs. 1 Satz 4 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
3. In Art. 2 Abs. 2 werden vor dem Wort „Schülern“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
4. In Art. 3 Abs. 1 Satz 3 werden nach dem Wort „Zweckverband“ die Worte „, ein Kommunalunternehmen oder ein gemeinsames Kommunalunternehmen“ eingefügt.
5. In Art. 5 Abs. 2 werden der Strichpunkt und der 2. Halbsatz gestrichen.
6. In Art. 7 Abs. 2 Sätze 1 und 2, Abs. 6 Sätze 2 bis 4 und Abs. 7 Satz 2 werden vor dem Wort „Schüler“ bzw. „Schülern“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
7. In Art. 11 Abs. 1 Satz 2 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
8. In Art. 13 Satz 3 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
9. In Art. 18 Abs. 3 Satz 3 werden vor dem Wort „Absolventen“ die Worte „Absolventinnen und“ eingefügt.
10. In Art. 19 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. b werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
11. In Art. 20 Abs. 4 Nr. 1 Buchst. c und Abs. 5 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
12. Art. 21 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aaa) Vor dem Wort „Schülern“ werden die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
 - bbb) Der letzte Halbsatz erhält folgende Fassung:

„sie können auch an einer anderen Förderschule eingesetzt werden, wenn eine Schülerin oder ein Schüler in mehreren Förderschwerpunkten sonderpädagogischen Förderbedarf hat und vom Lehrpersonal der besuchten Förderschule nicht in allen Schwerpunkten gefördert werden kann.“
 - bb) In Satz 2 werden vor dem Wort „Schüler“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
 - b) In Abs. 2 werden vor dem Wort „Schülern“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
 - c) In Abs. 3 werden vor dem Wort „Schüler“ jeweils die Worte „Schülerin bzw.“ eingefügt.
13. In Art. 23 Abs. 1 Sätze 1 und 2 und Abs. 2 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
14. Art. 24 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Worte „Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz“ werden durch die Worte „Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz“ ersetzt.
 - b) In Nr. 6 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

15. In Art. 27 Abs. 3 werden vor dem Wort „Schülern“ bzw. „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
16. Art. 30 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 2 werden die Worte „sowie der beweglichen Ferientage“ gestrichen.
 - b) In Satz 4 werden die Worte „Außenklassen von Volksschulen an Förderschulen und von Förderschulen an Volksschulen“ durch die Worte „Außenklassen von allgemeinen Schulen an Förderschulen und von Förderschulen an allgemeinen Schulen“ ersetzt.
 - c) In Satz 6 werden nach dem Wort „Außenklassen“ die Worte „sowie Kooperationsklassen“ eingefügt.
17. Art. 31 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 1 Satz 2 werden vor den Worten „eines Schülers“ die Worte „einer Schülerin oder“ eingefügt.
 - b) In Abs. 2 Satz 1 werden vor dem Wort „Schülern“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
18. In Art. 32 Abs. 2 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
19. In Art. 33 Abs. 2 und Abs. 3 Satz 2 werden jeweils vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
20. Art. 36 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 werden nach dem Wort „Förderschule“ die Worte „, Schule für Kranke“ eingefügt.
 - b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Die Schulpflicht kann auch an einer Schule außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes erfüllt werden, wenn diese den in Absatz 1 genannten Schulen gleichwertig ist.“
 - bb) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Beim Besuch einer außerbayerischen Berufsschule gilt Art. 43 Abs. 5.“
 - c) In Abs. 3 Sätze 3 und 4 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
21. In Art. 38 Satz 2 werden vor den Worten „des Schülers“ die Worte „der Schülerin oder“ eingefügt.
22. In Art. 40 Abs. 2 werden vor dem Wort „Umschüler“ die Worte „Umschülerinnen und“ eingefügt.
23. In der Überschrift des Abschnitts IV Buchst. d des Zweiten Teils werden vor dem Wort „Schüler“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
24. Art. 41 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „Ein Schüler“ durch die Worte „Eine Schülerin oder ein Schüler“ und das Wort „er“ durch die Worte „sie oder er“ ersetzt.
 - b) In Abs. 4 werden vor dem Wort „Schüler“ jeweils die Worte „Schülerinnen oder“ eingefügt.
 - c) In Abs. 5 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
 - d) Abs. 6 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
 - bb) In Satz 3 werden vor dem Wort „Umschüler“ die Worte „Umschülerinnen und“ eingefügt.
 - cc) In Satz 4 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
 - e) In Abs. 7 Satz 2 werden vor den Worten „des volljährigen Schülers“ die Worte „der volljährigen Schülerin oder“ eingefügt.
 - f) Abs. 8 wird wie folgt geändert:
 - aa) In den Sätzen 1 und 2 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
 - bb) In Satz 2 werden vor den Worten „des volljährigen Schülers“ die Worte „der volljährigen Schülerin bzw.“ eingefügt.
25. Art. 42 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 1, Abs. 3 Satz 1 und Abs. 5 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
 - b) In Abs. 5 werden die Worte „Abs. 6“ durch die Worte „Abs. 5“ ersetzt.
26. Art. 43 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 1 Sätze 2 und 3, Abs. 2 und 3 und Abs. 4 Sätze 1 und 2 werden vor dem Wort „Schüler“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
 - b) Abs. 4 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach dem Wort „Entscheidung“ werden die Worte „nach Abs. 1“ eingefügt.
 - bb) Nach den Worten „errichtet werden müsste“ werden die Worte „, bei Entscheidungen nach Abs. 2 und 3 ist anstelle des Schulamts die Regierung zuständig“ eingefügt.

27. Art. 44 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

bb) In Satz 2 werden vor den Worten „des Schülers“ die Worte „der Schülerin bzw.“ eingefügt.

b) In Abs. 2 Satz 2 werden vor den Worten „der Schüler“ die Worte „die Schülerin oder“ eingefügt.

28. In Art. 46 Abs. 4 Satz 2 werden vor dem Wort „Schülern“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

29. In Art. 47 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

30. In Art. 49 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Sätze 1 und 2 werden vor dem Wort „Schüler“ bzw. „Schülern“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

31. Art. 50 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden vor dem Wort „Schülern“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

b) In Satz 3 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

32. Art. 52 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

bb) In Satz 3 werden vor dem Wort „Schülern“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden vor dem Wort „Schülern“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

bb) In Satz 3 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

b) In Abs. 3 Satz 2 werden vor den Worten „eines Schülers“ die Worte „einer Schülerin bzw.“ und vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

33. Art. 53 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 Sätze 1 und 2 werden vor dem Wort „Schüler“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

b) Abs. 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden vor den Worten „des Schülers“ die Worte „der Schülerin oder“ eingefügt.

bb) In Satz 2 werden vor den Worten „einem Schüler“ die Worte „einer Schülerin oder“ eingefügt.

c) In Abs. 6 Satz 1 werden vor dem Wort „Schülern“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

d) In Abs. 7 Sätze 1 und 2 werden vor dem Wort „Schüler“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

34. In Art. 54 Abs. 1 Satz 2 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

35. Art. 55 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 werden vor dem Wort „Schülern“ die Worte „Schülerinnen und“, vor den Worten „der Schüler“ die Worte „die Schülerin oder“ und vor den Worten „ein Schüler“ die Worte „eine Schülerin bzw.“ eingefügt.

b) In Abs. 2 werden vor den Worten „ein Schüler“ die Worte „eine Schülerin oder“ eingefügt.

36. In der Überschrift des Abschnitts VII des Zweiten Teils werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

37. Art. 56 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Schülerinnen und Schüler im Sinn dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften sind Personen, die in den Schulen unterrichtet und erzogen werden.“

bb) In Satz 2 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

b) In Abs. 2, Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 Sätze 1 und 2 werden vor dem Wort „Schüler“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

38. In Art. 57 Abs. 2 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

39. In Art. 59 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 werden vor dem Wort „Schüler“ bzw. „Schülern“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

40. Art. 60 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „Der Förderlehrer“ durch die Worte „Die Förderlehrerin bzw. der Förderlehrer“ ersetzt.

bb) In Satz 3 wird das Wort „Er“ durch die Worte „Sie bzw. er“ ersetzt, vor dem Wort „Schülern“ werden die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden vor dem Wort „Förderlehrer“ die Worte „Förderlehrerinnen bzw.“ und vor dem Wort „Sonderschullehrern“ die Worte „, Sonderschullehrerinnen bzw.“ eingefügt.

bb) In Satz 3 werden vor dem Wort „Förderlehrer“ die Worte „Förderlehrerinnen bzw.“ und vor den Worten „dem Sonderschullehrer“ jeweils die Worte „der Sonderschullehrerin bzw.“ eingefügt.

41. Art. 62 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Sätze 1 bis 5 werden vor dem Wort „Schülern“ bzw. „Schüler“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. Klassensprecherinnen und Klassensprecher und ihre jeweiligen Stellvertreter;“

bb) Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. erste, zweite und dritte Schülersprecherin bzw. erster, zweiter und dritter Schülersprecher;“

cc) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Soweit die Schülerinnen und Schüler nicht in Klassen zusammengefasst sind, tritt an die Stelle der Klassensprecherin bzw. des Klassensprechers die Jahrgangsstufensprecherin bzw. der Jahrgangsstufensprecher; neben den Jahrgangsstufensprecherinnen und Jahrgangsstufensprechern können Kurssprecherinnen und Kurssprecher vorgesehen werden.“

c) Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) ¹Ab Jahrgangsstufe 5 wählt jede Klasse aus ihrer Mitte eine Klassensprecherin oder einen Klassensprecher und ihren bzw. seinen Stellvertreter. ²Der Klassensprecherin bzw. dem Klassensprecher obliegen die Aufgaben der Schülermitverantwortung als Schülervertretung für die Klasse.“

d) Abs. 4 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Die Klassensprecherinnen und Klassensprecher, ihre jeweiligen Stellvertreter sowie die Schülersprecherinnen und Schülersprecher bilden die Klassensprecherversammlung.“

e) Abs. 5 Sätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„¹Die Klassensprecherinnen und Klassensprecher und ihre jeweiligen Stellvertreter wählen die drei Schülersprecherinnen und Schülersprecher; die Schulordnungen können das Schulforum dazu ermächtigen, durch Beschluss das Wahlrecht auf alle Schülerinnen

und Schüler auszudehnen. ²Die Schülersprecherinnen und Schülersprecher bilden den Schülerausschuss.“

f) Abs. 6 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1, 1. Halbsatz erhält folgende Fassung:

„¹Die Klassensprecherinnen und Klassensprecher und ihre jeweiligen Stellvertreter können für jeweils ein Schuljahr eine Verbindungslehrkraft wählen;“

bb) In den Sätzen 2 und 3 werden vor dem Wort „Schüler“ bzw. „Schülern“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

42. In Art. 63 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Sätze 1 und 3 werden vor dem Wort „Schüler“ bzw. „Schülern“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

43. Art. 65 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Satz 1 und Satz 3 Nrn. 1 bis 3 werden vor dem Wort „Schüler“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

b) In Abs. 1 Satz 3 Nrn. 8 und 9 werden vor den Worten „eines Schülers“ jeweils die Worte „einer Schülerin oder“ eingefügt.

c) In Abs. 2 werden vor dem Wort „Schüler“ jeweils die Worte „Schülerinnen oder“ eingefügt.

44. In Art. 66 Abs. 1 und 3 werden vor dem Wort „Schüler“ bzw. „Schülern“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

45. In Art. 68 Satz 2 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

46. In Art. 69 Abs. 4 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

47. In Art. 71 Abs. 1 Satz 1 werden vor dem Wort „Schülern“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

48. Art. 73 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 2 Satz 4 werden nach dem Wort „Staatsregierung“ die Worte „oder seine Vertretung“ eingefügt.

b) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nr. 3 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

bbb) In Nr. 4 Buchst. i werden die Worte „, der Deutschen Angestelltengewerkschaft“ gestrichen.

bb) In Satz 2 werden vor dem Wort „Schülersprecher“ jeweils die Worte „Schülersprecherinnen und“ eingefügt.

49. In Art. 74 Abs. 2 Satz 1 werden vor den Worten „des minderjährigen Schülers“ die Worte „der minderjährigen Schülerin oder“ eingefügt.
50. Art. 75 wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 1 Satz 1 werden vor den Worten „den Schüler“ die Worte „die Schülerin oder“ eingefügt.
 - b) In Abs. 2 werden vor den Worten „ein Schüler“ die Worte „eine Schülerin oder“ und vor den Worten „des Schülers“ die Worte „der Schülerin oder“ eingefügt.
51. In Art. 76 Satz 2 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
52. Art. 77 wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:
„Pflichten der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber“
 - b) Im Text werden die Worte „und Arbeitgeber“ durch die Worte „ , Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber“ ersetzt.
53. In Art. 78 Abs. 1 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
54. Art. 80 wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 2 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
 - b) In Abs. 3 Satz 1 werden vor dem Wort „Schülern“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
55. In Art. 82 Abs. 1 Satz 3 werden vor dem Wort „Schüler“ bzw. „Schülern“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
56. In Art. 83 Abs. 2 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ bzw. „Schülern“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
57. In Art. 84 Abs. 3 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
58. In Art. 85 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 werden vor dem Wort „Schüler“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
59. Art. 86 wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 1 werden vor dem Wort „Schülern“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
 - b) In Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 werden vor den Worten „den Förderlehrer“ die Worte „die Förderlehrerin bzw.“ eingefügt.
 - c) In Abs. 6 werden vor den Worten „der Schüler“ jeweils die Worte „der Schülerin oder“ eingefügt.
- d) Abs. 8 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden vor den Worten „dem Schüler“ die Worte „der Schülerin bzw.“ und vor den Worten „des Schülers“ die Worte „der Schülerin bzw.“ eingefügt.
 - bb) In Satz 2 werden die Worte „Der Schüler“ durch die Worte „Die Schülerin oder der Schüler“ ersetzt.
- e) In Abs. 9 werden die Worte „des Schülers oder des volljährigen Schülers“ durch die Worte „der Schülerin oder des Schülers oder der volljährigen Schülerin oder des volljährigen Schülers“ ersetzt.
- f) Es wird folgender neuer Abs. 10 eingefügt:
„(10) Die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Ordnungsmaßnahmen nach Abs. 2 Satz 1 Nrn. 3 bis 10 entfällt.“
- g) Der bisherige Abs. 10 wird Abs. 11 und es werden vor den Worten „des Schülers“ die Worte „der Schülerin oder“ eingefügt.
60. Art. 87 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden vor den Worten „eines Schülers“ die Worte „einer Schülerin oder“ eingefügt.
 - bb) In Satz 3 werden die Worte „des Schülers oder des volljährigen Schülers“ durch die Worte „der Schülerin oder des Schülers oder der volljährigen Schülerin oder des volljährigen Schülers“ ersetzt.
 - b) Abs. 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Worte „Ein entlassener Schüler“ durch die Worte „Eine entlassene Schülerin oder ein entlassener Schüler“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden vor dem Wort „er“ jeweils die Worte „sie bzw.“ eingefügt.
 - cc) In Satz 3 werden die Worte „Ein nach Art. 86 Abs. 4 Satz 2 entlassener Berufsschüler“ durch die Worte „Eine nach Art. 86 Abs. 4 Satz 2 entlassene Berufsschülerin oder ein nach Art. 86 Abs. 4 Satz 2 entlassener Berufsschüler“ ersetzt, vor den Worten „des Schülers“ werden die Worte „der Schülerin bzw.“ eingefügt.
 - c) In Abs. 4 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen oder“ eingefügt.
61. Art. 88 wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 1 Satz 1 werden vor den Worten „des Schülers“ die Worte „der Schülerin bzw.“ eingefügt.
 - b) In Abs. 2 werden vor dem Wort „Schüler“ bzw. „Schülern“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

- c) In Abs. 3 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
62. In der Überschrift zu Art. 88a und in Art. 88a werden jeweils vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
63. Art. 89 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) In Nr. 4 werden der Strichpunkt und der 2. Halbsatz gestrichen.
- b) In den Nrn. 6, 8, 9 und 12 Buchst. d werden vor dem Wort „Schüler“ bzw. „Schülern“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
- c) In Nr. 12 Buchst. d und e werden vor dem Wort „Bewerbern“ die Worte „Bewerberinnen und“ eingefügt.
64. In Art. 92 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 4 Satz 2 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
65. In der Überschrift zu Art. 96 und in Art. 96 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
66. In Art. 98 Abs. 1 Satz 2 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
67. In Art. 100 Abs. 2 Satz 1 werden vor dem Wort „Schülern“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
68. In Art. 103 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
69. In der Überschrift des Vierten Teils werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
70. In Art. 106 Abs. 1 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
71. In Art. 107 werden vor dem Wort „Schülern“ bzw. „Schüler“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ und vor dem Wort „Berufsschüler“ die Worte „Berufsschülerinnen und“ eingefügt.
- 71a. In Art. 108 Abs. 1 Satz 3 wird das Wort „Bundessozialhilfegesetzes“ durch die Worte „zwölften Buchs Sozialgesetzbuch“ ersetzt.
72. In Art. 109 Satz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
73. In Art. 110 werden vor dem Wort „Schüler“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
74. In Art. 112 Abs. 1 Satz 2 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
75. Art. 114 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- a) Nr. 3 erhält folgende Fassung:
- „3. dem Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten bei Schulen in seinem Geschäftsbereich,“
- b) Nr. 5 wird wie folgt geändert:
- aa) Es wird folgender neuer Buchst. e eingefügt:
- „e) bei Schulen für Kranke“
- bb) Die bisherigen Buchst. e bis h werden Buchst. f bis i.
- c) In Nr. 7 Buchst. b werden die Buchst. f, g und h durch die Buchst. g, h und i ersetzt.
76. Art. 115 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 2 werden vor den Worten „des Landrats“ die Worte „der Landrätin oder“ und vor den Worten „des Oberbürgermeisters“ die Worte „der Oberbürgermeisterin oder“ eingefügt.
- bb) In Satz 3 werden die Worte „Der Landrat“ durch die Worte „Die Landrätin oder der Landrat“ ersetzt, vor den Worten „der Oberbürgermeister“ werden die Worte „die Oberbürgermeisterin oder“ eingefügt.
- b) In Abs. 3 Satz 2 werden die Worte „Der Landrat“ durch die Worte „Die Landrätin oder der Landrat“ ersetzt, vor den Worten „der Oberbürgermeister“ werden die Worte „die Oberbürgermeisterin oder“ eingefügt.
- c) In Abs. 4 Satz 1 werden vor den Worten „des Landrats“ die Worte „der Landrätin oder“ und vor den Worten „des Oberbürgermeisters“ die Worte „der Oberbürgermeisterin oder“ eingefügt.
77. Art. 118 wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 1 werden vor den Worten „ein Schulpflichtiger“ die Worte „eine Schulpflichtige oder“, vor den Worten „den Schulpflichtigen“ die Worte „die Schulpflichtige oder“ und vor den Worten „des Schulpflichtigen“ die Worte „der oder“ eingefügt.
- b) In Abs. 3 Satz 1 werden vor den Worten „den minderjährigen Schulpflichtigen“ die Worte „die minderjährige Schulpflichtige oder“ eingefügt.
78. Art. 119 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Nr. 1 werden vor dem Wort „eines“ die Worte „einer oder“ eingefügt.
- b) Nr. 2 Halbsatz 1 erhält folgende Fassung:
- „2. vorsätzlich seine Erziehungs-, Ausbildungs- oder Arbeitgeberverpflichtung nach Art. 76 Satz 1 oder Art. 77 nicht erfüllt;“

- c) In Nr. 3 werden vor dem Wort „Schulpflichtiger“ die Worte „Schulpflichtige oder“ eingefügt.
- d) In Nr. 4 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen bzw.“ eingefügt.
- e) In Nr. 8 werden vor dem Wort „Erzieher“ die Worte „Erzieherin oder“ eingefügt.
- f) In Nr. 9 werden die Worte „Unternehmer, Leiter“ durch die Worte „Unternehmerin, Unternehmer, Leiterin, Leiter oder“ ersetzt.

79. Art. 122 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 3 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen oder“ eingefügt.
- b) Es wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Art. 5 gilt nicht für angezeigte Ergänzungsschulen und für private Berufsfachschulen nach Art. 124 Abs. 5, es sei denn, sie werden von Schülerinnen und Schülern besucht, die noch der Vollzeitschulpflicht unterliegen.“

80. Art. 125 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 werden vor dem Wort „Fachlehrer“ die Worte „Fachlehrerinnen und“ eingefügt.
- b) In Abs. 2 werden vor dem Wort „Förderlehrer“ die Worte „Förderlehrerinnen und“ eingefügt.
- c) In Abs. 4 Satz 4 werden vor dem Wort „Fachlehreranwärter“ die Worte „Fachlehreranwärterinnen und“ eingefügt.

81. Art. 126 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Worte „ , die Städtische Bertolt-Brecht-Gesamtschule Nürnberg-Langwasser“ gestrichen.
- b) In Satz 2 werden vor dem Wort „Schüler“ die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

82. Art. 128 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden vor dem Wort „Sportlehrer“ die Worte „Sportlehrerinnen und“ eingefügt.

bb) In Satz 2 wird das Wort „außerdem“ gestrichen.

b) In Abs. 3 Satz 3 werden die Worte „Aussiedler und Spätaussiedler“ durch die Worte „Aussiedlerinnen, Aussiedler, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler“ ersetzt.

c) In Abs. 4 werden vor dem Wort „Fachberater“ die Worte „Fachberaterin bzw.“ eingefügt.

§ 2

In-Kraft-Treten

¹Dieses Gesetz tritt am 1. August 2005 in Kraft.
²Abweichend hiervon tritt § 1 Nr. 81 Buchst. a mit Wirkung vom 1. August 2002 in Kraft.

§ 3

Ermächtigung zur Neubekanntmachung

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus wird ermächtigt, das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen neu bekannt zu machen und Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

München, den 26. Juli 2005

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

2230-5-1-UK

**Gesetz
zur Änderung des
Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulwegs
Vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 271)**

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Art. 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulwegs (Schulwegkostenfreiheitsgesetz – SchKfrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 452, BayRS 2230-5-1-UK), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 24. März 2003 (GVBl S. 262), wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 wird die Zahl „340“ durch die Zahl „370“ ersetzt.
2. In Satz 2 werden die Worte „Preisindex für die allgemeine Lebenshaltung aller Haushalte in Bayern seit der letzten Anpassung um mehr als fünf Prozentpunkte gestiegen ist.“ durch die Worte „Verbraucherpreisindex für Bayern um mehr als fünf v.H. gestiegen ist; maßgebender Ausgangswert für die Feststellung dieses Anstiegs ist der Indexstand, der bei der letzten Anpassung zu Grunde gelegt wurde.“ ersetzt.
3. Satz 6 erhält folgende Fassung:
„⁶Hat ein Unterhaltsleistender für drei oder mehr Kinder Anspruch auf Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz oder vergleichbare Leistun-

gen, werden die von ihm aufgewendeten Kosten der notwendigen Beförderung der in Satz 1 genannten Schüler mit Ablauf des Monats, in dem die Voraussetzungen für den Bezug von Kindergeld oder vergleichbaren Leistungen erstmals gegeben sind, in voller Höhe bis zum Ende des jeweiligen Schuljahres erstattet; die Familienbelastungsgrenze vermindert sich dabei anteilig.“

4. In Satz 7 werden die Worte „Hilfe zum Lebensunterhalt durch laufende Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz bezieht“ durch die Worte „Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) oder auf Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) hat“ ersetzt.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2005 in Kraft.

München, den 26. Juli 2005

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

2230-7-1-UK, 2230-1-1-UK

**Gesetz
zur Änderung des
Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes
und des Bayerischen Gesetzes
über das Erziehungs- und Unterrichtswesen**

Vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 272)

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

Das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2005 (GVBl S. 196), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

- a) Abschnitt IV des Zweiten Teils erhält folgende Fassung:

„Abschnitt IV

Lernmittelfreiheit, Büchergeld und
Schulgeldfreiheit“

- b) Art. 21 und 22 erhalten folgende Fassung:

„Art. 21 Lernmittelfreiheit, Büchergeld

Art. 22 Staatliche Zuweisungen an die kommunalen Träger des Schulaufwands; Sozialbeitrag der Träger des Schulaufwands“

2. Die Überschrift des Abschnitts IV des Zweiten Teils erhält folgende Fassung:

„Lernmittelfreiheit, Büchergeld und Schulgeldfreiheit“

3. Art. 21 und 22 erhalten folgende Fassung:

„Art. 21

Lernmittelfreiheit, Büchergeld

(1) An den öffentlichen Schulen wird Lernmittelfreiheit nach Maßgabe dieses Gesetzes gewährt.

(2) ¹Die Träger des Schulaufwands versorgen die Schüler mit Schulbüchern. ²Die von den Trägern des Schulaufwands beschafften Schulbücher verbleiben in deren Eigentum und werden an die Schüler ausgeliehen.

(3) ¹Zur Finanzierung der Kosten der Lernmittelfreiheit wird von den Schülern als Eigenbeteiligung für die Beschaffung von Schulbüchern

1. an Grundschulen, in der Grundschulstufe von Förderschulen, im Berufsvorbereitungsjahr an Berufsschulen, in Teilzeitklassen an beruflichen Schulen und in Teilzeitklassen an beruflichen Schulen zur sonderpädagogischen Förderung ein Betrag von 20,— €,
2. an Hauptschulen und sonstigen Schulen im Sinn des Art. 6 Abs. 2 Nrn. 1 bis 3 BayEUG ein Betrag von 40,— €

zu dem für die Amtlichen Schuldaten eines jeden Schuljahres maßgeblichen Stichtag erhoben. ²Der Betrag wird vom Träger des Schulaufwands erhoben, fließt ihm zu und ist ausschließlich für die Versorgung mit Schulbüchern (Abs. 2 Satz 1) bestimmt und kann für schulbuchersetzende digitale Medien verwendet werden, soweit diese für die Hand des Schülers bestimmt sind; Art. 13 Abs. 1 und 2 des Kommunalabgabengesetzes gelten entsprechend. ³Neben dem Schüler sind die nach dem Bürgerlichen Recht Unterhaltspflichtigen zur Zahlung verpflichtet. ⁴Die Atlanten für den Erdkundeunterricht und Formelsammlungen für den Mathematik- und Physikunterricht sowie die übrigen Lernmittel (z. B. Arbeitshefte, Lektüren, Arbeitsblätter, Schreib- und Zeichengeräte, Taschenrechner) haben die nach dem Bürgerlichen Recht Unterhaltspflichtigen bzw. volljährigen Schüler zu beschaffen; dies gilt nicht für die Atlanten für den Erdkundeunterricht und Formelsammlungen für den Mathematik- und Physikunterricht, soweit eine Eigenbeteiligung nach Abs. 4 entfällt.

(4) ¹Von der Eigenbeteiligung werden auf Antrag befreit:

1. die nach Bürgerlichem Recht Unterhaltspflichtigen, die für drei oder mehr Kinder Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz oder vergleichbare Leistungen erhalten, ab dem dritten Kind,
2. die nach Bürgerlichem Recht Unterhaltspflichtigen und Schüler, die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII), Arbeitslosengeld II, Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) oder Leistungen nach dem Wohngeldgesetz beziehen.

²Der Antrag ist bis zu dem für die Amtlichen Schuldaten eines jeden Schuljahres maßgeblichen Zeitpunkt zu stellen.

(5) Die Eigenbeteiligung entfällt bei Schülern,

1. denen kraft gesetzlicher oder vertraglicher Regelung ein Anspruch gegen Dritte auf Ersatz der Schulbücher zusteht,
2. die ein Berufspraktikum ableisten,
3. an Förderschulen, wenn die Schüler auf Grund der Schwere ihrer Behinderung keine Schulbücher verwenden können,
4. für die die Lernmittelfreiheit für alle Schulbücher nicht in Anspruch genommen wird.

Art. 22

Staatliche Zuweisungen
an die kommunalen Träger des Schulaufwands;
Sozialbeitrag der Träger des Schulaufwands

(1) ¹Der Staat gewährt den kommunalen Trägern des Schulaufwands eine pauschalierte Zuweisung in Höhe von 4 € je Schüler und Schuljahr für die Versorgung mit Schulbüchern; Art. 10 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend. ²Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus oder die von ihm hiermit beauftragte Regierung kann im Einzelfall die ordnungsgemäße Verwendung der Zuweisung bei den Trägern des Schulaufwands prüfen.

(2) Der einzelne kommunale Träger des Schulaufwands stellt einen pauschalierten Beitrag zu den Aufwendungen für die Lernmittel in Höhe von 2 € je Schüler und Schuljahr bereit.“

4. Art. 46 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Für die dadurch entstehenden Aufwendungen gewährt der Staat den Trägern dieser Schulen einen Zuschuss in Höhe von 6 € je Schüler und Schuljahr an Volksschulen und Förderschulen sowie von 4 € an den übrigen Schularten; Art. 10 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.“

5. Art. 60 Satz 2 Nr. 7 erhält folgende Fassung:

„7. das Nähere über die Eigenbeteiligung (Art. 21 Abs. 3) einschließlich eines vereinfachten Nachweises der Befreiung von der Eigenbeteiligung bei wiederholter Antragstellung, einer Beteiligung der Schulen an der Erhebung der Eigenbeteiligung und der Annahme der Anträge nach Art. 21 Abs. 4, einer Bindung an die einzelne Schule und der Übertragbarkeit der Mittel, die Anschaffung von Schulbüchern und deren Ausgabe an die Schüler, die Anschaffung der übrigen Lernmittel sowie das Verfahren bei der Gewährung des Zuschusses zu den Kosten für die Lernmittelfreiheit; die Anschaffung der Lernmittel erfolgt im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel,“

§ 2

Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 264), wird wie folgt geändert:

1. Art. 51 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Über die Einführung zugelassener Lernmittel an der Schule entscheidet die Lehrerkonferenz oder der zuständige Ausschuss im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Abstimmung mit dem Elternbeirat und bei Berufsschulen mit dem Berufsschulbeirat.“

b) Abs. 4 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Die Schule kann die Verwendung bestimmter übriger Lernmittel im Sinn des Art. 21 Abs. 3 Satz 4 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in Abstimmung mit dem Elternbeirat und bei Berufsschulen mit dem Berufsschulbeirat anordnen und hierbei insbesondere Höchstbeträge vorsehen.“

2. Art. 69 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Satz 4 eingefügt:

„⁴Bei der Festlegung eines jährlichen Höchstbetrags für schulische Veranstaltungen ist eine Abstimmung mit dem Elternbeirat erforderlich.“

b) Die bisherigen Sätze 4 bis 6 werden Sätze 5 bis 7.

§ 3

In-Kraft-Treten, Übergangsbestimmungen

¹Dieses Gesetz tritt am 1. August 2005 in Kraft. ²Für die staatlichen Zuweisungen und Zuschüsse zu den bis zum Ende des Schuljahres 2004/05 entstandenen Aufwendungen für die Lernmittelfreiheit sind die entsprechenden Bestimmungen in der bisherigen Fassung anzuwenden. ³Die Zuweisungen bzw. Zuschüsse nach Art. 22, 46 Satz 2 BaySchFG werden erstmals im Jahr 2007 gewährt.

München, den 26. Juli 2005

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

2230-7-1-1-UK,

**Verordnung
zur Änderung der
Verordnung zur Ausführung des
Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes
Vom 18. August 2005 (GVBl S. 464)**

Auf Grund des Art. 60 Satz 2 Nr. 7 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 272), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit den Bayerischen Staatsministerien der Finanzen und des Innern folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (AVBaySchFG) vom 23. Januar 1997 (GVBl S. 11, BayRS 2230-7-1-1-UK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. Februar 2005 (GVBl S. 82), wird wie folgt geändert:

1. In die Inhaltsübersicht werden folgende §§ 13a, 13b und 19a eingefügt:

„§ 13a Eigenbeteiligung an der Lernmittelfreiheit

§ 13b Staatliche Zuweisungen, Sozialbeitrag zur Lernmittelfreiheit

§ 19a Zuschuss zur Lernmittelfreiheit an Ersatzschulen“.

2. In § 8 Abs. 7 Satz 2 und Abs. 9 werden jeweils die Worte „Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „Staatsministerium für Unterricht und Kultus“ ersetzt.

3. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird im Klammerzusatz die Zahl „5“ durch die Zahl „6“ ersetzt.

- b) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 wird die Zahl „5“ durch die Zahl „6“ ersetzt.

- bb) In den Sätzen 2 und 4 werden jeweils die Worte „Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „Staatsministerium für Unterricht und Kultus“ ersetzt.

- c) In Abs. 2 Satz 1 wird die Zahl „5“ durch die Zahl „6“ ersetzt.

4. In § 10 werden die Worte „Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“

durch die Worte „Staatsministeriums für Unterricht und Kultus“ ersetzt.

5. § 12 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden die Worte „Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „Staatsministeriums für Unterricht und Kultus“ ersetzt.

- bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:

- aaa) Nr. 4 wird durch folgende Nrn. 4 bis 6 ersetzt:

„4. 1,3 Unterrichtsstunden je Woche und Schüler für die praktische Ausbildung bei den Berufsfachschulen für Krankenpflege und Kinderkrankenpflege,

5. 2 Unterrichtsstunden je Woche und Schüler für die praktische Ausbildung bei den Berufsfachschulen für Krankenpflegehilfe; hiervon können 0,7 Unterrichtsstunden je Woche und Schüler durch Fachkräfte im Krankenhaus erbracht werden,

6. 1,7 Unterrichtsstunden je Woche und Schüler für die praktische Ausbildung bei den Berufsfachschulen für Hebammen; hiervon können 0,4 Unterrichtsstunden je Woche und Schüler durch Fachkräfte im Krankenhaus erbracht werden,“

- bbb) Die bisherigen Nrn. 5 und 6 werden Nrn. 7 und 8.

- b) Abs. 6 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 Nrn. 1 und 2 wird jeweils „Art. 17 Abs. 1 Satz 3“ durch „Art. 17 Abs. 1 Satz 4“ ersetzt.

- bb) Satz 5 erhält folgende Fassung:

„⁵Die sich aus den Sätzen 1 bis 4 für die jeweilige Jahreswochenstunde ergebenden Zuschussbeträge werden jährlich vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus festgestellt.“

c) Abs. 7 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Für Fachakademien und Berufsfachschulen für Musik und für Fachakademien für Darstellende Kunst kann das Staatsministerium für Unterricht und Kultus abweichend von den Abs. 2 und 3 eine nach Maßgabe der Schülerzahl zu bestimmende Summe von Unterrichtsstunden für Klassen-, Gruppen-, Kurs- und Einzelunterricht als Zuschussgrundlage festsetzen; wenn Fachakademien für Musik betroffen sind, ergeht die Festsetzung im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.“

6. In § 13 werden die Worte „Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „Staatsministeriums für Unterricht und Kultus“ ersetzt.

7. Es werden folgende §§ 13a und 13b eingefügt:

„§ 13a

Eigenbeteiligung an der Lernmittelfreiheit
(zu Art. 21 BaySchFG)

(1) ¹Maßgeblicher Stichtag für die Amtlichen Schuldaten gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 1 BaySchFG ist der 1. Oktober; bei beruflichen Schulen und beruflichen Schulen zur sonderpädagogischen Förderung der 20. Oktober. ²Beginnen Schüler nach diesem Stichtag den Unterricht in der Berufsschule, ist der Betrag der Eigenbeteiligung unverzüglich zu erheben.

(2) ¹Die Beträge der Eigenbeteiligung sind ausschließlich für die Beschaffung von lernmittelfreien Schulbüchern bestimmt und können für schulbuchersetzende digitale Medien verwendet werden, soweit diese für die Hand des Schülers bestimmt sind. ²Die Beträge werden der Schule zur Verfügung gestellt, an der sie erhoben wurden, und sind in die folgenden Haushaltsjahre übertragbar. ³Sofern die staatliche Schule mit dem Schulaufwandsträger nichts Abweichendes vereinbart, nimmt sie in bar eingezahlte Beträge und Anträge auf Befreiung oder Wegfall bezüglich der Eigenbeteiligung entgegen, prüft die Vollständigkeit der Anträge und leitet sie an den Schulaufwandsträger weiter. ⁴Die bei der Schule verbleibenden Unterlagen sowie der Vermerk über die Ausgabe der lernmittelfreien Atlanten für den Erdkundeunterricht und Formelsammlungen für den Mathematik- und Physikunterricht sind zu den Schulunterlagen zu nehmen; sie dürfen nicht zu den Schülerakten genommen werden. ⁵Der Schulaufwandsträger entscheidet über Anträge auf Wegfall oder Befreiung bezüglich der Eigenbeteiligung und setzt gegebenenfalls den Anspruch auf Eigenbeteiligung durch. ⁶Der Schulaufwandsträger darf übermittelte personenbezogene Daten nur zum Zweck der Erhebung der Eigenbeteiligung verarbeiten oder nutzen.

(3) Die Befreiung von der Eigenbeteiligung bei Bezug von Kindergeld oder vergleichbaren Leis-

tungen für drei oder mehr Kinder ab dem dritten Kind beginnt mit dem jüngsten der drei Kinder.

(4) ¹Die staatliche Schule teilt dem Schulaufwandsträger die Zahl der Schüler mit, bei denen die Eigenbeteiligung nach Art. 21 Abs. 5 Nrn. 1 und 3 BaySchFG entfällt. ²Die Eigenbeteiligung nach Art. 21 Abs. 5 Nr. 4 BaySchFG entfällt, wenn die Erziehungsberechtigten bzw. volljährigen Schüler eine entsprechende Erklärung abgeben.

(5) Die pauschalierte Zuweisung und der Beitrag nach Art. 22 BaySchFG sollen vorrangig für die Fälle des Art. 21 Abs. 4 BaySchFG eingesetzt werden.

§ 13b

Staatliche Zuweisungen, Sozialbeitrag
zur Lernmittelfreiheit
(zu Art. 22 BaySchFG)

(1) In die Zahl der für die Zuweisung bzw. den Beitrag maßgeblichen Schüler werden die von Art. 21 Abs. 4 und Abs. 5 Nrn. 1, 3 und 4 BaySchFG erfassten Schüler einbezogen.

(2) ¹Das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung berechnet die pauschalierten Zuweisungen nach Art. 22 Abs. 1 BaySchFG und erlässt den Bescheid über diese Zuweisungen. ²Die pauschalierten Zuweisungen werden in einem Jahresbetrag ausbezahlt. ³Stellen sich nach Abschluss der Berechnung der pauschalierten Zuweisungen Unrichtigkeiten heraus, die insbesondere infolge unrichtiger Angaben zu den Amtlichen Schuldaten entstanden sind, so wird der Ausgleich im nächsten Haushaltsjahr vorgenommen.“

8. In § 14 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b werden die Worte „und Ausgleichsbeträge“ gestrichen.

9. Es wird folgender § 19a eingefügt:

„§ 19a

Zuschuss zur Lernmittelfreiheit
an Ersatzschulen

¹Über Anträge auf Gewährung von Zuschüssen nach Art. 46 BaySchFG entscheiden die Regierungen. ²Ist das Staatsministerium für Unterricht und Kultus Schulaufsichtsbehörde, so entscheidet die Regierung, in deren Bereich die Schule liegt. ³§ 13b Abs. 1 gilt entsprechend.“

10. In § 20 Satz 1 werden die Worte „Bezirksfinanzdirektionen“ durch die Worte „Dienststellen des Landesamts für Finanzen“ ersetzt.

§ 2

Die Verordnung über die Zulassung von Lernmitteln (ZLV) vom 13. September 2000 (GVBl S. 739, BayRS 2230-3-1-1-UK) wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht erhalten die §§ 2, 6, 15 und 20 folgende Fassung:
„§ 2 (aufgehoben)
§ 6 (aufgehoben)
§ 15 (aufgehoben)
§ 20 (aufgehoben)“.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Der bisherige Abs. 1 wird einziger Absatz; die Absatzbezeichnung entfällt.
 - b) Abs. 2 wird aufgehoben.
3. § 2 wird aufgehoben.
4. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 und 2 werden aufgehoben.
 - b) Der bisherige Abs. 3 wird einziger Absatz; die Absatzbezeichnung entfällt.
5. §§ 6, 15 und 20 werden aufgehoben.

§ 3

¹Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 2005 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 treten § 1 Nr. 7 – § 13b –, § 1 Nr. 9 – § 19a – und § 2 am 1. Januar 2007 in Kraft.

München, den 18. August 2005

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus

Siegfried Schneider
Staatsminister

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

2232.5-UK

223011.114-UK

Lehrpläne für die islamische Unterweisung in türkischer und deutscher Sprache

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 26. Juli 2005 Nr. IV.2-5 S 7410-4.65 221

1. Für die Fächer islamische Unterweisung in türkischer und deutscher Sprache wurden Lehrpläne konzipiert. Es gibt zwei aufeinander abgestimmte Fassungen, eine für den Unterricht in deutscher Sprache und eine für den Unterricht in türkischer Sprache. Die Lehrpläne werden in einer Verlagsausgabe veröffentlicht und sind außerdem im Internet unter der Adresse <http://www.isb.bayern.de> zu finden.
2. Die Lehrpläne gelten für den Unterricht im Fach islamische Unterweisung in türkischer und deutscher Sprache an der Grund- und Hauptschule und sind ab dem 1. August 2005 für alle Jahrgangsstufen verbindlich.
3. Die Lehrpläne werden den Schulen, den Staatlichen Schulämtern sowie den Regierungen jeweils einmal kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Versand erfolgt automatisch. Darüber hinaus sind die Regierungen, die Staatlichen Schulämter und die Leiter der Volksschulen verpflichtet, die Bestellung der Lehrpläne in dem für den Dienstbetrieb erforderlichen Umfang zu veranlassen. Die Bezugsanschrift lautet:

Kastner AG – Druckhaus Kastner
Schlosshof 2–6
85283 Wolnzach
Internet: www.kastner.de
4. Die für den Unterricht im Fach islamische Unterweisung in türkischer und deutscher Sprache zugelassenen Schulbücher können weiter verwendet werden.
5. Die Bekanntmachung über die Richtlinie für die religiöse Unterweisung türkischer Schüler muslimischen Glaubens in den Jahrgangsstufen 1 mit 3 der Grundschule vom 19. Februar 1986 (KMBI I S. 187, Sondernummer 7 S. 269) sowie die gleich lautende Bekanntmachung für die Jahrgangsstufen 4 und 5 vom 4. Februar 1988 (KWMBI I S. 122, Sondernummer 5 S. 53) werden mit Wirkung zum 31. Juli 2005 aufgehoben.

E r h a r d
Ministerialdirektor

KWMBI I 2005 S. 361

Änderung der Bekanntmachung zum Vollzug der Vorschriften des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes über die Lernmittelfreiheit und der Verordnung über die Zulassung von Lernmitteln

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 18. August 2005 Nr. II.9-5 S 1320-5.87 415

Die Bekanntmachung zum Vollzug der Vorschriften des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes über die Lernmittelfreiheit und der Verordnung über die Zulassung von Lernmitteln vom 17. Januar 1995 (KWMBI I S. 87), geändert durch Bekanntmachung vom 22. Juni 2001 (KWMBI I S. 237), wird im Benehmen mit den Bayerischen Staatsministerien des Innern und der Finanzen wie folgt geändert:

1. Nr. 1.2 Sätze 3 bis 6 erhalten folgende Fassung:

„³Sie darf deshalb nicht auf einzelne Jahrgangsstufen, Schülergruppen oder auf bestimmte Schulbücher beschränkt sein und umfasst die an öffentlichen Schulen zugelassenen Schulbücher. ⁴Die privaten Ersatzschulen sind nicht verpflichtet, die Eigenbeteiligung wie an öffentlichen Schulen einzuführen. ⁵Den Trägern privater Schulen dürfen die staatlichen Zuschüsse für die Lernmittelfreiheit nur gewährt werden, wenn an ihren Schulen die Lernmittelfreiheit gemäß den Sätzen 2 und 3 vollzogen wird. ⁶Private Schulen können unter Beachtung der in Nr. 3.3 festgelegten Anforderungen über die für die öffentlichen Schulen zugelassenen Lernmittel hinaus andere Lernmittel verwenden, die jedoch nicht unter die Lernmittelfreiheit fallen.“

2. Nr. 2.1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Nach Art. 21 BaySchFG sind Schulbücher lernmittelfrei, Atlanten für den Erdkundeunterricht und Formelsammlungen für den Mathematik- und Physikunterricht jedoch nur, wenn die nach Bürgerlichem Recht Unterhaltspflichtigen für drei oder mehr Kinder Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz oder vergleichbare Leistungen erhalten, ab dem dritten Kind und für die nach Bürgerlichem Recht Unterhaltspflichtigen und Schüler, die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, Arbeitslosengeld II, Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch oder Leistungen nach dem Wohngeldgesetz beziehen.“

3. Nr. 2.2.1 erhält folgende Fassung:

„**2.2.1** ¹Übrige Lernmittel im Sinne des Art. 21 Abs. 3 Satz 4 BaySchFG sind nicht in die Lernmittelfreiheit einbezogene Gegenstände, die für den Gebrauch im Unterricht oder bei der häuslichen Vorbereitung bestimmt sind (§ 6 ZLV). ²Sie sind nach Art. 21 Abs. 3 Satz 4 BaySchFG von den nach dem Bürgerlichen Recht Unterhaltspflichtigen bzw. volljährigen Schülern zu beschaffen.“

4. Nr. 5.1 erhält folgende Fassung:

„**5.1 Zuständigkeit zur Auswahl der einzuführenden Lernmittel**

Die zum Gebrauch in den Schulen zugelassenen Lernmittel werden an der Schule auf Grund eines Beschlusses der Lehrerkonferenz oder des zuständigen Ausschusses in Abstimmung mit dem Elternbeirat und bei Berufsschulen mit dem Berufsschulbeirat, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel eingeführt (Art. 51 Abs. 3 BayEUG in der jeweils geltenden Fassung).“

5. In Nr. 5.2.1 werden die Sätze 5 bis 8 aufgehoben.

6. Nr. 5.3 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Nach Art. 51 Abs. 4 Satz 2 BayEUG kann die Schule in Abstimmung mit dem Elternbeirat, bei Berufsschulen mit dem Berufsschulbeirat, die Verwendung bestimmter übriger Lernmittel (Nr. 2.2) für den Unterricht anordnen und hierbei insbesondere Höchstbeträge vorsehen.“

7. Nr. 7 erhält folgende Fassung:

„**7. Beschaffung der lernmittelfrei auszugebenden Lernmittel, Bedarfsermittlung und Bedarfsdeckung**

7.1 Die Schule stellt den Gesamtbetrag an Lernmitteln und die Anzahl der vorhandenen Lernmittel der jeweils benötigten Art fest.

7.2 ¹Decken die vorhandenen Lernmittel den so ermittelten Bedarf nicht, beschaffen Schulen, für die der Staat den Sachaufwand trägt, die fehlenden Lernmittel entweder selbst oder fordern sie beim Aufwandsträger an. ²Für Schulen, deren Sachaufwand eine kommunale Körperschaft trägt, bestimmt die Körperschaft die Art der Beschaffung und Bewirtschaftung der Lernmittel. ³Die kommunale Körperschaft soll in Absprache mit der Schule die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel gemäß Art. 14 Abs. 1 Satz 3 BaySchFG nach Möglichkeit dem Schulleiter übertragen. ⁴Gleiches gilt für die Beschaffung der lernmittelfreien Schulbücher im Rahmen der Verwaltung des Schulvermögens gemäß Art. 14 Abs. 1 Satz 1 BaySchFG.“

8. Die Überschrift der Nr. 8 erhält folgende Fassung:

„**8. Ausgabe der lernmittelfreien Lernmittel, Eigenbeteiligung**“

9. Die Nrn. 8.1 bis 8.4 werden durch folgende Nrn. 8.1 bis 8.5 ersetzt:

„**8.1 Ausleihe**

¹Die lernmittelfrei zur Verfügung zu stellenden Lernmittel werden an die Schüler unbeschadet einer Erhebung oder Befreiung von der Eigenbeteiligung nach Art. 21 Abs. 4 BaySchFG zu Beginn des Schuljahres an die Schüler ausgeliehen. ²Diese Lernmittel verbleiben im Eigentum des Aufwandsträgers.

8.2 Registrierung der Lernmittel

8.2.1 ¹Die Schulen führen über die vorhandenen Lernmittel ein Bestandsverzeichnis. ²Lernmittel, die im Rahmen der Lernmittelfreiheit nicht mehr gebrauchsfähig sind, sind auszusondern und aus der Liste zu streichen.

8.2.2 Alle Lernmittel werden mit einem Stempel der Schule versehen.

8.3 Ausgabe der Lernmittel

Die Ausgabe der Lernmittel an die Schüler wird in einem Verzeichnis mit Datumsangabe vermerkt.

8.4 Eigenbeteiligung

¹Sofern mit dem Schulaufwandsträger nichts Abweichendes vereinbart wurde, übergibt die staatliche Schule zu Beginn des Schuljahres den Erziehungsberechtigten bzw. volljährigen Schülern ein Merkblatt mit Hinweisen zum Büchergeld sowie ein mit der Empfangsbestätigung verbundenes Antragsformular für die Befreiung bzw. das Entfallen bezüglich der Eigenbeteiligung. ²Die vom Kostenschuldner ausgefüllte und unterschriebene Empfangsbestätigung wird bei Barzahlung zusammen mit dem einzuzahlenden Betrag bzw., im Fall der Antragsstellung, zusammen mit dem Nachweis für das Vorliegen des Befreiungstatbestands im verschlossenen Umschlag dem Klassenleiter (Kollegstufenbetreuer) zurückgegeben. ³Der Klassenleiter (Kollegstufenbetreuer) prüft die zahlenmäßige Vollständigkeit der zurückgegebenen Umschläge, erinnert ggf. einmal an die Erledigung und gibt die verschlossenen Umschläge an vom Schulleiter bestimmte Beschäftigte der Schule (z.B. Lehrkräfte) weiter. ⁴Deren Zahl ist auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. ⁵Diese überprüfen, ob die Empfangsbestätigung vollständig und ordnungsgemäß ausgefüllt und unterschrieben ist. ⁶Im Fall der Barzahlung erstreckt sich die Überprüfung auch auf die Vollständigkeit der Zahlung. ⁷Wurde ein Befreiungsantrag gestellt, erstreckt sich die Prüfung auch darauf, ob der für den jeweiligen Befreiungstatbestand erforderliche Nachweis beiliegt. ⁸Anschließend werden die Umschläge mit den Geldbeträgen und die Nachweise an das Sekretariat der Schule weitergeleitet. ⁹Für die Prü-

fung der Unterlagen seiner Klasse kann nicht der Klassenleiter bestimmt werden.¹⁰Der Nachweis der Befreiung von der Eigenbeteiligung kann nach Wahl der nach Bürgerlichem Recht Unterhaltspflichtigen bzw. volljährigen Schüler durch Vorlage eines Bescheids der zuständigen Behörde, eines anderweitigen Belegs über eingegangene Zahlungen insbesondere des Kindergelds – nach derzeitiger Rechtslage werden bei drei Kindern 462 Euro ausgezahlt – oder durch schriftliche Bestätigung der zuständigen Behörde geführt werden.¹¹Das Sekretariat trägt in die Schülerliste Einzahlungen und Anträge auf Befreiungen/Entfallen bzgl. der Eigenbeteiligung ein und gibt die Liste mit den entsprechenden Antragsunterlagen an den Sachaufwandsträger.¹²Bei Bar-einzahlung der Eigenbeteiligung sollen größere Geldbeträge unverzüglich bei dem zuständigen Kreditinstitut eingezahlt werden; im Rahmen des Art. 14 Abs. 2 BaySchFG kann die Einzahlung auch durch den Schulhausmeister erfolgen.

8.5 Atlanten für den Erdkundeunterricht und Formelsammlungen für den Mathematik- und Physikunterricht

¹Die Atlanten für den Erdkundeunterricht und Formelsammlungen für den Mathematik- und Physikunterricht werden den Schülern lernmittelfrei zur Verfügung gestellt, wenn die nach Bürgerlichem Recht Unterhaltspflichtigen bzw. volljährigen Schüler die in Nr. 2.1 Satz 1 genannten Leistungen beziehen.²Das Sekretariat vermerkt die Vorlage des Nachweises gemäß Nr. 8.4 Satz 10 und benachrichtigt den für die Ausgabe der Lernmittel Zuständigen, welchen Schülern Lernmittelfreiheit für Atlanten für den Erdkundeunterricht und Formelsammlungen für den Mathematik- und Physikunterricht gewährt wird.³Der Vermerk ist ordnungsgemäß zu verwahren und gegen Einsicht unbefugter Dritter zu sichern.⁴Die mit der Behandlung von Anträgen auf Lernmittelfreiheit befassten Bediensteten der Schule haben hierüber sowie über die einzelnen Angaben Stillschweigen zu bewahren.⁵Es ist darauf zu achten, dass insbesondere bei der Ausgabe der Lernmittel die Anspruchsberechtigten bzw. minderjährigen Schüler nicht diskriminiert werden.“

10. Die bisherige Nr. 8.5 wird Nr. 8.6.

11. Die Nrn. 10.1 bis 10.4 erhalten folgende Fassung:

„**10.1** Soweit der Freistaat Bayern die Kosten der Lernmittelfreiheit nicht selbst trägt, werden den Gemeinden und Gemeindeverbänden pauschalierte Zuweisungen nach Art. 22 Abs. 1 BaySchFG und den privaten Schulen auf Antrag Zuschüsse nach Art. 46 BaySchFG gewährt.

10.2 Bei privaten Volksschulen und Förderschulen werden die Zuschüsse nach Art. 46 BaySchFG im Rahmen der Leistungen für den Schulaufwand (Art. 32 bzw. 34 BaySchFG) mit abgerechnet.

10.3 Für das Verfahren zur Berechnung der pauschalierten Zuweisungen nach Art. 22 Abs. 1 BaySchFG durch das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung und die Auszahlung dieser Zuweisungen gilt § 13 b AVBaySchFG.

10.4 Verfahren bei der Gewährung von Zuschüssen nach Art. 46 BaySchFG

10.4.1 Antragsberechtigt im Sinn von Nr. 10.1 sind die Aufwandsträger der privaten Schulen.

10.4.2 ¹Sie reichen die Anträge nach dem in der Anlage aufgeführten Muster in zweifacher Fertigung bis zum 20. November eines jeden Jahres bei der Schulaufsichtsbehörde ein. ²Ist das Staatsministerium für Unterricht und Kultus Schulaufsichtsbehörde, so sind die Anträge bei der Regierung einzureichen, in deren Bereich die Schule liegt. ³Die Regierung nimmt insoweit die der Schulaufsichtsbehörde obliegenden Aufgaben wahr.

10.4.3 ¹Die Schulaufsichtsbehörden prüfen die eingereichten Anträge sachlich und rechnerisch. ²Sie versehen sie nach abgeschlossener Prüfung mit einem Prüfungsvermerk und nehmen die erforderlichen Berichtigungen vor.

10.4.4 ¹Die Schulaufsichtsbehörde – sofern sie nicht die Regierungen sind – fertigen über die Anträge nach der Gliederung des Antragsmusters (siehe Anlage) eine Zusammenstellung und legen diese in dreifacher Form den Regierungen bis zum 20. Dezember eines jeden Jahres vor. ²Die Regierungen fassen die vorgelegten Zusammenstellungen zusammen und legen diese Zusammenfassung nach der Gliederung des Antragsmusters in dreifacher Fertigung bis zum 20. Januar eines jeden Jahres dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus vor.“

12. Nr. 10.6 erhält folgende Fassung:

„**10.6 Zuweisungen der Haushaltsmittel nach Art. 46 BaySchFG**

10.6.1 Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus weist den Regierungen die erforderlichen Haushaltsmittel zu.

10.6.2 ¹Die Regierungen setzen die Höhe der Staatszuschüsse nach Art. 46 BaySchFG für die einzelnen Antragssteller fest. ²Sie erteilen im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel den zuständigen Kassen Auszahlungsanordnung.“

13. Die Anlage erhält folgende Fassung:

**„Antrag auf Gewährung eines Staatszuschusses
nach Art. 46 BaySchFG von 4,00 Euro je Schüler**

der / des

(priv. Träger)

für das Haushaltsjahr 20__

Schulart	Schülerzahl	Zuschussbetrag
Realschule		Euro
Gymnasium		Euro
Berufsschule		Euro
Berufsfachschule		Euro
Wirtschaftsschule		Euro
Fachschule		Euro
Fachoberschule		Euro
Berufsoberschule		Euro
Fachakademie		Euro

Summe: _____ **Euro**

Die Richtigkeit der Angaben wird bestätigt, insbesondere dass die Lernmittelfreiheit an den betreffenden Schulen Maßgabe der Nr. 1.2 Sätze 1 bis 3 der Bekanntmachung zum Vollzug der Vorschriften des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes über die Lernmittelfreiheit und der Verordnung über die Zulassung von Lernmitteln in der jeweils geltenden Fassung eingeführt ist. Ferner wird bestätigt, dass die genannten Gegenstände, zu deren Beschaffung Staatszuschüsse im Rahmen der Lernmittelfreiheit gewährt wurden oder vorstehend beantragt werden, nicht gegen Entgelt an Schüler oder Erziehungsberechtigte abgegeben werden; kein Entgelt in diesem Sinn ist eine etwaige Eigenbeteiligung der Erziehungsberechtigten bzw. der volljährigen Schüler an den Kosten der Lernmittelfreiheit wie an öffentlichen Schulen.

_____, den _____ 20__

(Aufwandsträger)
Prüfungsvermerk der Schulaufsichtsbehörde
(Nr. 10.4.3 der Bekanntmachung)“

14. ¹Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. August 2005 in Kraft. ²Abweichend hiervon treten die Nrn. 11 bis 13 am 1. Januar 2007 in Kraft; die Regelungen zur Antragstellung sind bereits 2006 anzuwenden.

Dr. Berggreen - Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2005 S. 361

2210115-WFK

Änderung der Bekanntmachung über die Beschäftigung von Lektoren (Lektorenordnung – LektO)

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

vom 26. August 2005 Nr. X/2-H 2173.5-10a/1 914

- Nr. 5 Sätze 2 und 3 der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 10. Oktober 2002 (KWMBI I S. 372) über die Beschäftigung von Lektoren (Lektorenordnung – LektO) erhalten folgende Fassung:
„Der Umfang der Lehrverpflichtung der Lektoren beträgt bei fast ausschließlicher Lehrtätigkeit 18, bei überwiegender Lehrtätigkeit mindestens 13 Lehrveranstaltungsstunden. Im Übrigen sind die Bestimmungen der Verordnung über die Lehrverpflichtung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an Universitäten und Fachhochschulen (Lehrverpflichtungsverordnung – LUFV) vom 19. September 1994 (GVBl S. 956), zuletzt geändert durch Verordnung vom 9. September 2004 (GVBl S. 392), insbesondere § 2 Abs. 4 und 6, zu berücksichtigen.“
- Diese Bekanntmachung tritt am 1. Oktober 2005 in Kraft. Die bei In-Kraft-Treten dieser Bekanntmachung bestehenden Dienstverträge mit Lektoren bleiben unberührt, soweit nicht in den Dienstverträgen eine Verweisung auf die jeweils geltende Fassung der Lektorenordnung vereinbart ist.

M o c k e r
Ministerialdirigent

KWMBI I 2005 S. 365

223011.114-UK

Zulassung von Lernmitteln

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 21. September 2005 Nr. III.6-5 S 1321.1-5.97 000

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit * gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung.

Lernmittelfreie Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Grundschule

Englisch

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

***Discovery**, v. Behrendt u.a.:

3: BN 127053, Aufl. 05/**Druck A¹**, 8,95 €, ZN 149/05-V (30.9.05)

Hauptschule

Deutsch – Lesen

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

***Zwischen den Zeilen**, Hauptschule Bayern:

5: v. Batzner u.a., BN 123135, Aufl. 05/**Druck A¹**, 17,95 €, ZN 128/05-V (30.9.05)

Deutsch – Kombinierte Sprach- und Lesebücher

Oldenbourg Schulbuchverlag, München:

***Deutschprofi**, Lese- und Sprachbuch:

B 6: hrsg. v. Knapp, BN 10006, 1. Aufl. 05, 17,95 €, ZN 129/05-V (30.9.05)

Mathematik

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

***Lernstufen Mathematik**, Hauptschule Bayern, Neue Ausgabe, hrsg. v. Leppig:

6: BN 520161, 1. Aufl. 05, 17,95 €, ZN 153/05-V (30.9.05)

Physik / Chemie / Biologie

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

***Natur bewusst**, Hauptschule Bayern, hrsg. v. Hausfeld/Schulenberg:

7: BN 150577, Aufl. 05/**Druck A¹**, 17,95 €, ZN 101/05-V (30.9.05)

RealschuleBiologie

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

***Biologie, Realschule Bayern**, v. Hampl u.a.:

10: BN 170519, 1. Aufl. 05/1. **Druck**, 17,95 €, ZN 104/05-R6 (30.9.05)

Mathematik

Diesterweg Verlag, Braunschweig:

***Mathematik für Realschulen**, v. Habler u.a.:

10 I: BN 07151, Aufl. 05/**Druck A¹**, 19,95 €, ZN 120/05-R6 (30.9.05)

GymnasiumDeutsch – Sprachbücher

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

***WortArt, Sprachbuch für Gymnasien in Bayern**, hrsg. v. Ensberg:

7: BN 120837, Aufl. 05/**Druck A¹**, 16,95 €, ZN 136/05-G8 (30.9.05)

Englisch

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

***Learning English · Green Line New – Grammatisches Beiheft**, Ausg. Bayern, zugl. f. Engl. als 1. FS:

1 + 2: v. Lampater/Pasch, BN 547221, 1. Aufl. 05, 5,90 €, ZN 105/05-G8 (30.9.05), zugl. f.d. Jgst. 5 u. 6

Langenscheidt ELT, Berlin/München:

***Viewfinder Topics – New Edition**, hrsg v. Freese:

Ireland – A Story of Beauty and Hope: BN 51004, 1. Aufl. 05, 8,95 €, ZN 163/05-G9 (30.9.05), zugl. **ab** Jgst. 11, **befr. b.z. Abl. d. Schj. 10/11**

The American Dream – Humankind's Second Chance? BN 51002, 1. Aufl. 05, 8,95 €, ZN 165/05-G9 (30.9.05), zugl. **ab** Jgst. 11, **befr. b.z. Abl. d. Schj. 10/11**

The Postcolonial Experience – Decolonizing the Mind: BN 51006, 1. Aufl. 05, 8,95 €, ZN 164/05-G9 (30.9.05), zugl. **ab** Jgst. 12, **befr. b.z. Abl. d. Schj. 10/11**

Mathematik

Bayerischer Schulbuch Verlag, München:

***Mathematik:**

7: v. Bortolazzi u.a., BN 0001-X, 1. Aufl. 05, 16,95 €, ZN 152/05-G8 (30.9.05)

C.C. Buchners Verlag, Bamberg/

DUDEN PAETEC Schulbuchverlag, Berlin:

***delta, Mathematik für Gymnasien**, hrsg. v. Schätzl/Eisentraut:

7: BN 6067, 2. Aufl. 05, 19,90 €, ZN 162/05-G8 (30.9.05)

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

***Fokus Mathematik**, Gymnasium Bayern:

7: v. Freytag u.a., BN 540170, 1. Aufl. 05, 19,95 €, ZN 172/05-G8 (30.9.05)

Natur und Technik

DUDEN PAETEC Schulbuchverlag, Berlin/
C.C. Buchners Verlag, Bamberg:

***Natur und Technik**, Gymnasium Bayern:

Schwerpunkt Biologie 5: hrsg. v. Pietsch u.a., BN 8-444-7, 1. Aufl. 05/**Druck 05**, 14,95 €, ZN 166/05-G8 (30.9.05)

Schwerpunkt Biologie 6: hrsg. v. Pietsch u.a., BN 8-446-3, 1. Aufl. 05/**Druck 05**, 14,95 €, ZN 173/05-G8 (30.9.05)

Oldenbourg Schulbuchverlag, München:

***Ikarus Natur und Technik:**

Schwerpunkt Physik 7: v. Deger u.a., BN 00035, 1. Aufl. 05, 15,95 €, ZN 151/05-G8 (30.9.05)

Berufliche SchulenBerufsschuleDeutsch

Verlag Handwerk und Technik, Hamburg:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Sprechen, Schreiben – Kommunizieren**, v. Busch u.a., BN 1491, 2. akt. Aufl. 05, 22,20 €, ZN 137/03-B (30.9.05)

Sozialkunde

Bildungsverlag EINS, Troisdorf:

***Basiswissen Politik** für berufliche Schulen, v. Andreas u.a., BN 16970, 1. Aufl. 05, 16 €, ZN 146/05-B (30.9.05)

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

***Zeitfragen Bayern**, v. Feick u.a., BN 800750, 1. Aufl. 05, 19,90 €, ZN 145/05-B (30.9.05)

BerufsfachschulenBerufsfachschule für Kinderpflege

Verlag Handwerk und Technik, Hamburg:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Living Together, English for Housekeeping and Social Care**, v. Bamming u.a., BN 1621, 4. durchges. Aufl. 05, 18,80 €, ZN 91/01-BF (30.9.05), zugl. im Wahlfach Englisch

FachschulenMeisterschule

Verlag Europa-Lehrmittel, Haan-Gruiten:

Hinweis:

Die nachfolgend genannten Werke gelten nach § 17 Abs. 2 ZLV in ihrer bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Frisuren Farbe · Make-up – Zeichnen & Gestalten**, v. Lühr, BN 62617, 3. Aufl. 04, 21 €, ZN 82/99-F (30.9.05), zugl. an MS f. Friseure

***Rechenbuch Elektrotechnik**, v. Tkotz u.a., BN 30766, 16. neu überarb. Aufl. 05, 20,40 €, ZN 94/99-F (30.9.05), zugl. f.d. Berufsfeld Elektrotechnik

***Technische Mathematik für Metallbauberufe**, v. Röhrer u.a., BN 11710, 4. Aufl. 05, 20,30 €, ZN 6/94-F (30.9.05)

Verlag Handwerk und Technik, Hamburg:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Farbe – Raum · Tabellen – Fakten**, v. Förster/Losert, BN 95, 3. Aufl. 05, 18,20 €, ZN 34/03-F (30.9.05)

Holland + Josenhans Verlag, Stuttgart:

***Elektro TAB, Formeln, Tabellen, Rechenhilfen für Techniker sowie Elektronik- und Mechatronikberufe**, v. Bieneck, BN 4550, 1. Aufl. 05, 12 €, ZN 181/05-F (30.9.05) (vgl. TS)

Technikerschule

Verlag Europa-Lehrmittel, Haan-Gruiten:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Fachkunde Elektrotechnik**, v. Tkotz u.a., BN 30138, 24. überarb. u. erw. Aufl. 04, 33,60 €, ZN 198/83-F (30.9.05), zugl. f.d. Fachricht. Maschinenbautechnik; **die Zulassung beschränkt sich nur auf das gedruckte Buch**

Holland + Josenhans Verlag, Stuttgart:

***Elektro TAB, Formeln, Tabellen, Rechenhilfen für Techniker sowie Elektronik- und Mechatronikberufe**, v. Bieneck, BN 4550, 1. Aufl. 05, 12 €, ZN 181/05-F (30.9.05) (vgl. MS)

Fachakademie

Deutsch

Stam im Bildungsverlag EINS, Troisdorf:

***Kompetenzen, Deutsch für sozialpädagogische Berufe**, von Langenmayr/ter Haar, BN 6616, 2. Aufl. 04/korr. **Nachdruck**, 24,10 €, ZN 179/05-FAK (30.9.05), zugl. an FAK f. Soz.-Päd.

Ökologie/Gesundheitserziehung

Verlag Handwerk und Technik, Hamburg:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Gesundheitserziehung im Kindesalter**, v. Graf, BN 4576, 9. durchges. Aufl. 05, 34,40 €, ZN 434/82-FAK (30.9.05), zugl. an FAK f. Soz.-Päd.

Fachoberschule/Berufsoberschule

Pädagogik/Psychologie

Stam im Bildungsverlag EINS, Troisdorf:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Pädagogik/Psychologie für die berufliche Oberstufe**, hrsg. v. Hobmair, zugl. f.d. Ausbildungsricht. Sozialwesen:

1: BN 5025, 2. Aufl. 05, 24,50 €, ZN 28/99-FO/BO (30.9.05), zugl. f.d. Jgst. 11 u. 12

Volkswirtschaftslehre

Merkur Verlag, Rinteln:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Volkswirtschaftslehre für Fachoberschulen**, v. Hartmann, BN 0492-5, 4. Aufl. 05, 19 €, ZN 287/01-FO/BO (30.9.05), zugl. an FOS d. Ausbildungsricht. Wirtschaft, Verwaltung und Rechtspflege **bzw.** f.d. Jgst. 12 an BOS d. Ausbildungsricht. Wirtschaft

Wirtschaftsschule

Betriebswirtschaftslehre

Bildungsverlag EINS, Troisdorf:

***Betriebswirtschaftslehre für Wirtschaftsschulen**, v. Hartwig/Krywalski:

3: BN 05154, 2. Aufl. 05 (**m. eingeklebtem Berichtsungsblatt auf Seite 7**), 10,40 €, ZN 182/05-W (30.9.05), zugl. f.d. Jgst. 10

Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Grundschule

Englisch

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

***Discovery – Activity Book**, v. Behrendt u.a.:

3: BN 127513, Aufl. 05/**Druck A¹**, 6,50 €, ZN 150/05-V (30.9.05)

***Storytime – Activity Book**, v. Gaffal u.a.:

3: BN 127330, Aufl. 05/**Druck A¹**, 6,95 €, ZN 161/05-V (30.9.05)

Hauptschule

Deutsch

– Rechtschreiben, Sprachbetrachtung und schriftlicher Sprachgebrauch

Oldenbourg Schulbuchverlag, München:

***Deutschprofi B – Arbeitsheft:**

6: hrsg. v. Knapp, BN 10016, 1. Aufl. 05, 5,95 €, ZN 124/05-V (30.9.05)

Realschule

Deutsch – Sprachlehre und Rechtscheiben

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

****Das Hirschgraben Sprachbuch – Arbeitsheft, Realschule Bayern:***

6: Jetzt mit Schulaufgabentraining! v. Bildl u.a., BN 606317, 1. Aufl. 05/1. Druck, 7,50 €, ZN 138/05-R6 (30.9.05)

Gymnasium

Englisch

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

****English G – Workbook, Gymnasium Bayern***, hrsg. v. Schwarz, zugl. f. Engl. als 1. FS:

3: BN 355560, 1. Aufl. 05, 7,95 €, ZN 142/05-G8 (30.9.05), zugl. f.d. Jgst. 7

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt am 30. September 2005 in Kraft.

Erhard
Ministerialdirektor

KWMBI I 2005 S. 365